

Ressort: Politik

Armutsflucht: Schulz verteidigt EU-Kommission

Brüssel, 28.05.2013, 07:33 Uhr

GDN - EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) hat das Vorgehen der EU-Kommission in Sachen Armutsflucht aus Rumänien und Bulgarien verteidigt. "Man kann nicht fordern, dass eine Grundfreiheit eingeschränkt wird, ohne dass man eine Überforderung des gesamten Landes durch Armutszuwanderung nachweist", sagte Schulz der "Rheinischen Post" (Dienstausgabe).

Er bezog sich damit auf einen Brief der Kommission an den deutschen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Dieser hatte wegen der verstärkten Zuwanderung Sanktionen gegen Sozialbetrug und eine Wiedereinreiseperrre verlangt. "Solche Probleme punktueller Zuwanderung in einzelne Städte lösen wir nicht einfach durch die Beschränkung der Freizügigkeit", entgegnete Schulz. "Mit einer Grenzschießung ist den Kommunen nicht geholfen, die brauchen jetzt und unmittelbar finanzielle und administrative Hilfe", betonte Schulz.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-14675/armutsflucht-schulz-verteidigt-eu-kommission.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com